

Finanzpolitische Position Wintersession 2023

Trakt. 81/82 Budget 2024 / Aufgaben- und Finanzplan

Antrag Regierungsrat: Genehmigung

Lohnmassnahmen 2024

1.5% individueller Gehaltsaufstieg Lehrpersonen

2% genereller Gehaltsaufstieg gesamtes Personal

AFP 2025-2027

Da auch über das Jahr 2023 hinaus mit einer ansteigenden Teuerung gerechnet wird, werden in allen Jahren des AFP 0.5% als Teuerungsausgleich aufgenommen.

Stellungnahme Bildung Bern zu den Lohnmassnahmen 2024-2027

Im Frühling 2023 haben die Personalverbände eine Petition mit über 16'000 Unterschriften eingereicht. Mit dieser Petition wurden 1.5% individueller Gehaltsaufstieg und ein Teuerungsausgleich von mindestens 3% gefordert.

Am Bildungstag im Mai wurde von rund 6000 Anwesenden eine Resolution mit den gleichen Forderungen verabschiedet.

Mit diesen Forderungen gelangten die Personalverbände an die Regierung. In diversen Sitzungen wurden sie diskutiert. Schliesslich wurden die nun vorliegenden Lohnmassnahmen von der Regierung im Budget eingearbeitet.

Der Berufsverband hatte gute Gründe, den vollen Teuerungsausgleich für 2024 zu fordern. Das Bildungspersonal ist sehr gefordert und leistet in Zeiten des Lehrpersonenmangels und im Zusammenhang mit der Integration und der Beschulung von aktuell rund 2000 geflüchteten Schüler:innen aus der Ukraine erneut Ausserordentliches. Da erachtet der Berufsverband faire Löhne als eine Selbstverständlichkeit.

Mit dieser Argumentation stiessen wir bei der Regierung auf Verständnis und Gehör. Wegen der schwierigen finanziellen Lage des Kantons und in Abwägung der politischen Forderungen nach Steuersenkungen ist der Regierungsrat dennoch nicht allen Forderungen der Personalverbände gefolgt. Als positives Zeichen wertet der Berufsverband, dass im Finanzplan Mittel für den Teuerungsausgleich eingestellt sind. Dies zeigt die Absicht der Regierung, dem Personal in den nächsten Jahren die Teuerung auszugleichen.

Mit 1.5% individuellem Gehaltsaufstieg für die Lehrpersonen können die Lohnzielkurve (degressiver Lohnanstieg) eingehalten und die seit Jahren vorhandenen Lohnrückstände von langjährigen Lehrpersonen verringert werden.

Bildung Bern akzeptiert den vorliegenden Antrag als Kompromiss und trägt diesen mit. Die Grossrät:innen werden gebeten, dem Antrag der Regierung zu folgen. Eine Nicht-Unterstützung dieser Lohnmassnahmen wäre unverständlich und könnte nicht mehr als faire Lösung betrachtet werden.

Anna-Katharina Zenger
Leiterin Gewerkschaft
Bern, 15.11.2023